



Resolution

Verrohung der Sprache – Gewalt gegen Personen: Gefahr für Gesellschaft, Frieden, Demokratie und Rechtsstaat

Die Achtung vor dem Leben und der Respekt voreinander, sind elementare und wichtige Grundsätze christlicher Überzeugung und entsprechen unserer europäischen Kultur und unserem Verständnis von Demokratie. Sprache prägt Kultur, diese wird von Wissen, Moral und den Gemeinsamkeiten an Werten, Handlungen und Ansichten geprägt.

Wir haben heute eine Verrohung der Sprache zu beklagen, die immer häufiger in körperlicher Gewalt gipfelt. Bösartige, hasserfüllte verbale und leibliche Angriffe gehören für immer mehr Berufsgruppen zum Alltag. Übergriffe sind nicht mehr nur ein Berufsrisiko für Polizisten, sondern auch für Rettungskräfte, Ärzte, Pflegekräfte, Lehrer, Zugbegleiter, Verwaltungsangestellte oder Politiker.

In den sog. „Sozialen Netzen“ ist es relativ einfach, anonym beleidigende und herabsetzende Begriffe und Redewendungen zu verwenden, um andere Menschen, andere Meinungen und Lebensstile zu verunglimpfen. Ermöglicht wird dies, weil man die Person gegenüber nicht sieht, seine Reaktion nicht beobachtet.

In der Folge dieser Verrohung schwindet das Vertrauen in die Solidargemeinschaft und in vermeintlich sichere Räume wie Schulen oder Krankenhäuser. Sachliche und respektvolle Kontroversen werden unmöglich, es wird der Boden bereitet für Zwiestracht, Verfolgung und physische Gewalt. Hass, Aggression und Angst zerstören Gemeinschaft, die Gesellschaft, den Rechtsstaat und das friedliche Zusammenleben der Nationen.

Wir dürfen das nicht länger tatenlos hinnehmen!

Gerade wir als Seniorinnen und Senioren in der Europäischen Senioren Union (ESU) müssen aktiv werden.

Wir müssen die Verbreitung von Hasstiraden, Gewalthetze und Unwahrheiten (*fake news*) anprangern und brandmarken.

Wir dürfen verbale Attacken nicht ignorieren, sondern müssen uns engagiert für gegenseitigen Respekt und Wertschätzung einsetzen und dürfen nicht zulassen, dass Menschen wegen ihrer Ansichten oder Eigenschaften aufs Übelste beschimpft oder gar angegriffen werden.

Alle Teile der Gesellschaft, Familien und Schulen müssen an dieser Aufgabe mitarbeiten. Überzeugungsarbeit allein aber reicht nicht: Unsere Strafgesetze müssen den negativen Entwicklungen und gewachsenen Bedrohungen entsprechend konsequent angepasst und angewandt werden.

Resolution

Europäische Senioren Union (ESU) fordert Rückkehr zu Respekt und Kultur in Sprache und Debatte

Weil sich Nachlässigkeit und Verrohung im öffentlichen Diskurs unerträglich verbreiten, engagiert sich die Europäische Senioren Union für Rückbesinnung auf Respekt und Einhaltung angemessener Verhaltensweisen beim Umgang und bei der Kommunikation miteinander.

Feuerwehr, Polizei, Rettungskräfte (u.a. Ärzte und Pflegepersonen), Lehrkräfte, Zugpersonal und Politiker/-innen müssen bei ihrem Dienst für die Gemeinschaft vor solchen Übergriffen geschützt werden. Gleiches gilt für anders Denkende und Mitglieder von Religionsgemeinschaften.

Verrohung beginnt mit achtloser und nachlässiger Anwendung der Sprache und steigert sich mit der Verwendung von Sprüchen und Verbalinjurien, wie man diese bislang nur aus der „Gosse“ kannte. Digitalisierung und Kommunikation in den „sozialen Netzen“ verleiten zunehmend dazu, einfach und anonym beschimpfen, verunglimpfen und beleidigen zu können. Der Abstand zu Gewalt wird immer geringer. Hass, Aggression und Angst zerstören Gemeinschaft, Gesellschaft, den Rechtsstaat und das friedliche Zusammenleben der Nationen.

Es muss aufhören, dass verbale und körperliche Angriffe bei immer mehr Berufsgruppen zum Alltag gehören.

Wir dürfen das nicht länger tatenlos hinnehmen!

Würde, Respekt, Wertschätzung und Achtung müssen in Sprache und Umgang miteinander ihren Ausdruck finden

Gerade wir als Seniorinnen und Senioren in der Europäischen Senioren Union müssen aktiv werden.

Wir müssen die Verbreitung von Hasstiraden, Gewalthetze und Unwahrheiten (fakenews) anprangern und brandmarken.

Wir dürfen verbale Attacken nicht ignorieren, sondern müssen uns engagiert für gegenseitigen Respekt und Wertschätzung einsetzen und dürfen nicht zulassen, dass Menschen wegen ihrer Ansichten oder Eigenschaften aufs Übelste beschimpft oder gar angegriffen werden.

Jeder Einzelne, Elternhaus, Familie, Schule, Vereine, Verbände und die Parteien sind aufgerufen, an dieser Aufgabe tatkräftig mitzuwirken und mit guten Beispielen voranzugehen. Die Strafgesetze müssen den negativen Entwicklungen und gewachsenen Bedrohungen entsprechend konsequent angepasst und angewandt werden.

Ziel bleibt die Bewahrung einer aufgeschlossenen Gesellschaft des freiheitlichen und friedlichen Zusammenlebens.

Prag, 7.03.2020